



SPD Fraktion im Rat der Stadt
Rheine

An den

Bürgermeister der Stadt Rheine
Herrn Dr. Peter Lüttmann
Klosterstraße 14
48431 Rheine

Bettina Völkening
Geschäftsführerin
Poststraße 28, 48431 Rheine

Fon: 05971 53357
Mobil: 01577 5704 118
bettina-voelkening@t-online.de

Rheine, den 20. Januar 2021

Antrag der SPD-Fraktion

Hier: Politische Beteiligung an den Lenkungsgruppen „Aktionsplan Inklusion“,
Berichterstattung und Evaluation

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann,

die SPD-Fraktion im Rat beantragt

- 1. die politische Beteiligung an den Lenkungsgruppen „Aktionsplan Inklusion“**
- 2. eine regelmäßige Berichterstattung zu den Zwischenergebnissen der Steuerungsgruppe und der einzelnen Lenkungsgruppen, die sich mit dem Thema beschäftigen**
- 3. einen laufend zu evaluierenden „Aktionsplan Inklusion“ für alle Handlungsfelder in den nächsten 4 Jahren zu erstellen und zu beschließen**
- 4. alle zukünftigen Vorlagen der Verwaltung auf das Handlungsfeld „Inklusion“ hin zu beleuchten**

Begründung:

Der Sozialausschuss hat am 5.9.2017 die Entwicklung des „Aktionsplanes Inklusion“ zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen. Das Thema Inklusion ist ein Querschnittsthema, das alle gesellschaftlichen Bereiche und Themen betrifft. Mit dem „Aktionsplan Inklusion“ soll das Ziel verfolgt werden, den Prozess der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen zu beschleunigen.

Das beschlossene Konzept sieht vor, eine Steuerungsgruppe der Verwaltung sowie Lenkungsgruppen zu den einzelnen Handlungsfeldern einzurichten. Die Lenkungsgruppen sollen aus Mitgliedern der Verwaltung, Vertretern des Beirates für Menschen mit Behinderung sowie aus Vertretern von Verbänden der Betroffenen bestehen. Mindestens zwei Handlungsfelder sollen jährlich intensiv bearbeitet werden. Zusätzlich sollen mehrmals jährlich Fachforen zu den einzelnen Handlungsfeldern tagen. Ziel ist die „zügige Entwicklung“ eines Inklusionsplans. Zu diesem Zweck soll, dem Konzept entsprechend, aus den Lenkungsgruppen eine jährliche Berichterstattung im Sozialausschuss erfolgen. Für die Umsetzung des Konzeptes einigte man sich zunächst auf die priorisierte Behandlung der Handlungsfelder Bauen und Bildung. 2018 erfolgte die erste Berichterstattung aus dem Bereich Bau. Eine Befassung zum Handlungsfeld Bildung wurde aufgrund unklarer rechtlicher Grundlagen zurückgestellt. Stattdessen wurde die Befassung des Handlungsfeldes Wohnen beschlossen.

Vor der Kommunalwahl 2020 hat der Beirat für Menschen mit Behinderung Vertreter der politischen Parteien in das Gremium eingeladen. Die Fragestellung und Diskussion im Beirat machte die sehr differenzierte Thematik und die weiterhin bestehenden Problemlagen erkennbar. Es wurde aus Sicht der SPD-Fraktion deutlich, dass das bisherige Vorgehen zum „Aktionsplan Inklusion“ nicht zielführend ist. Um Transparenz zum Sachstand herzustellen, sollten deshalb zukünftig zusätzlich Vertreter der Ratsfraktionen an den Sitzungen der Lenkungsgruppen teilnehmen. Daneben sollte die umfassende Berichterstattung in den zuständigen Ausschüssen weitergeführt und der „Aktionsplan Inklusion“ evaluiert werden.

Zusätzlich sollte für alle Vorlagen, die für den Themenbereich Inklusion Relevanz haben, ein eigener Abschnitt, ähnlich den zuletzt eingeführten „Auswirkungen auf den Umweltschutz“, eingeführt werden. Ziel muss es sein, das Thema Inklusion im Blick zu behalten und alle Maßnahmen der Stadt auf das Erreichen der gleichberechtigten Teilhabe hin zu überprüfen.

Mit freundlichen Grüßen

Bettina Völkening